

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Gemeinschaftsdruckerei: Amt Dresden Nr. 31307
Zell.-Nr.: Elbgaupresse Blawewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Zust.-Konto: Stadtkant Dresden, Strasse Blawewitz Nr. 656
Postk.-Konto: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blawewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bühlau, Rochwitz, Wachwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Niederporzitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co. Dresden-Blawewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung. Nur ein Viertel-
jährlicher Laden. Aus alter u. neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis betr. monatl. M. 2.—, einjähr. 20 M.
postgeb. Für Fälle vdh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf
Lieferung. bsm. Nachlieferung. d. Zeitung od. Rhyth. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf
Kochstr. Dresden-Freital. Bei unvert. einget. Manusk. ist Rückb. beizufügen. Für Anzeigen,
p. durch Fernsch. aufgegeben. werb., kann. wir eine Verantw. des. d. Richtigl. nicht überneh.

Anzeigen werden die 5-spaltige Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile
mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50%
Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen
der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird
keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig.
Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anrechnung
gebracht. Rabattpfand nicht: d. verspät. Zahlung, Riage od. Konturf. d. Auftraggebers

Redaktion und Expedition
Blawewitz, Loschwitzer Str. 4
95 Jahrgang

Nr. 43

Montag, den 20. Februar

1933

Oesterreich zeigt Rückgrat!

Ein Erpressungsversuch, der seinen Zweck nicht erreichen wird

Wien läßt sich nicht unter Druck setzen

In Klagenfurt (Kärnten) hielt der österreichische Bischof Winkler auf einem Vertretertag des österreichischen Landbundes eine Rede, in der er auch auf die Hirtenberger Waffenlieferungen zu sprechen kam. Er sagte u. a., durch die Hirtenberger Affäre sei Oesterreich in eine schwere Krise gekommen. In dem Ultimatum würden Forderungen aufgestellt, die mit der Unabhängigkeit eines Staates unvereinbar sind und im Widerspruch zu seiner Würde stehen. Der Lausanner Pakt werde von der Erfüllung dieser Forderungen abhängig gemacht. Er gab dann seiner Meinung Ausdruck, daß das Ultimatum abzulehnen sei. Im Zusammenhang mit dem Leitartikel der Christlich-Sozialen Reichspost vom Sonntag wird die Rede des Bischofs als eine Abfolge an die Kleine Entente angesehen. Vielleicht kann man sogar darin die Ankündigung einer langsamen Rückkehr des Kabinetts Dollfuß zu dem deutschen Kurs der früheren Regierungen erkennen.

Keine Antwort ist auch eine Antwort

(Von unserem Berliner Berichterstatter.)
Bei der Hirtenberger Affäre handelt es sich darum, daß ein italienischer Privatmann Waffen nach Hirtenberg zur Weiterlieferung nach Ungarn überhandt haben soll. Der Transport wurde bekannt und die Angelegenheit wurde insbesondere in Frankreich erheblichen Staub auf. Ein Notenkrieg entwickelte sich, der jetzt mit der am Sonnabend bekannt gewordenen ultimativen Note Frankreichs und Englands seinen Höhepunkt erreicht zu haben scheint.

Wie verlautet, beabsichtigt die österreichische Regierung nicht, auf Frankreichs Ultimatum zu reagieren. Offenbar gedenkt es, den Austrag des diplomatischen Konfliktes den Großmächten, das heißt in diesem Falle Italien und Frankreich, zu überlassen. Gerade in Italien nämlich die Note an Oesterreich die erste Empörung ausgelöst.

In italienischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Frankreich zwar die Note an Oesterreich adressiert hat, im Grunde aber Italien meint.

In der Tat ist Italien durch die Note nicht nur moralisch getroffen, denn der Punkt 2 des Ultimatus verlangt, daß die Waffen zu vernichten seien, wenn der Absender die Rücksendung ablehne. Die Waffen sind aber italienisches Eigentum, an dem Oesterreich sich dann auf Befehl Frankreichs vergehen müßte. Weiter fñhlt sich Italien durch den Punkt 4 verletzt, der eine Untersuchung darüber verlangt, ob ein Teil der von italienischen

Privathändlern gelieferten Waffen nach Ungarn weitergeliefert sei.

Abgesehen davon also, daß die Außenpolitik Oesterreichs durch französischen Druck in eine bedenkliche Richtung gelenkt werden kann,

muß man jetzt mit einer weiteren Trübung der politischen Atmosphäre ganz Europas rechnen.

Italien fühlt sich ohnehin durch die Verankerung der Kleinen Entente und durch die Aktivität Frankreichs im Südosten Europas beengt.

Getroffen werden sollte Italien

Das Hauptorgan der Christlich-Sozialen Partei, die „Reichspost“, schreibt in ihrer Sonntagsausgabe unter dem Titel „Oester-

schwere und grundlose Beleidigung Oesterreichs“ u. a.: Keine ausländische Regierung sei berechtigt, gegenüber der österreichischen Regierung einen Befehlston anzuschlagen. Dieser Ton gegen einen souveränen europäischen Kulturstaat wäre selbst dann ungebührlich, wenn irgendein Verstoß gegen St. Germain vorliegen würde, was nicht der Fall sei.

Eine weitere Aktion der österreichischen Regierung in dieser Angelegenheit dürfe billigerweise nicht erwartet werden, bevor sich nicht in allen europäischen Ländern die Ueberzeugung durchgesetzt habe, daß es unzulässig sei, mit Oesterreich in einem diplomatischen Still zu verkehren, der heute selbst gegen eine rückständige Kolonie nicht am Platze wäre.

Es sei möglich, daß in den Hauptstädten der Kleinen Entente, vielleicht auch anderwärts, die Meinung bestehe, Oesterreich könne durch Druck von außen in ein System gezwängt werden, das sich die Erhaltung Europas in einem Zustande von 1919 zur Aufgabe mache. Dieser Meinung sei rechtzeitig und mit allem Nachdruck entgegengetreten.

(Fortsetzung hinter dem Leitartikel.)

„Gefangene Völker“

(Brief aus Wien.)

„Die neue Heilige Allianz, welche die Donau- und Balkangebiete zu einem Gefängnis der Völker macht, ist ein um so unerfreulicherer Anachronismus, als ihm selbst die schwachen politischen und historischen Begründungen fehlen, die der Heiligen Allianz der autokratischen Kaiser einst das Leben gaben...“, so kommentiert der „Popolo d'Italia“ in einem

„Rührung an Europa“

überschriebenen Artikel die Schaffung des neuen Südostrades, und man stellt sich in Wien durchaus hinter dieses Urteil. Ja, man ist empört, daß die Außenminister der Tschechoslowakei, Südslawiens und Rumaniens mit der Klausel der Beitrittsmöglichkeit weiterer Staaten zu diesem unnatürlichen Bunde Erörterungen darüber veranlaßt haben, ob ein Anschluß Oesterreichs oder auch Ungarns in Frage komme.

Die Willkürhaftigkeit des neuen Staatenbundes ist in der Tat das hervorsteckendste Moment dieses neuen Bündnisses. Es ist wahrhaft ein Gefängnis der Völker und würde es bleiben, wenn sich der einzige Staat, der außer Oesterreich und Ungarn theoretisch überhaupt noch für den Beitritt in Frage käme, nämlich Polen, der neuen Entente anschließen sollte. Es ist

ein Bund, der im Ueberfluß seiner im wesentlichen agrarischen Produktion um so rascher erlösen muß, je schärfer das Prinzip der Absonderung und politischen Abschließung gegenüber den Staaten Europas betont wird,

von denen man noch auf den verschiedenen Osteuropa-Kongressen des verflohenen Jahres Rettung aus der Wirtschaftsnote erwartet, ja unter Berufung auf die europäische Schicksalsgemeinschaft sogar gefordert hat.

Des weiteren kommentiert man selbstverständlich besonders ernst die politischen Hintergründe dieser neuen Bildung, und zitiert dabei die Aeußerung des „Echo de Paris“, daß mit allzu durchsichtiger Zurückhaltung nur behauptet, der Vertrag der Kleinen Entente sei vom französischen Außenministerium nicht angeregt worden. Daß ein derartiger Schritt der

drei südosteuropäischen Staaten, die zurzeit mit 2,5 bis 3 Milliarden Franken bei Frankreich verschuldet sind,

nicht ohne Vorwissen der maßgebenden Persönlichkeiten des Pariser Auswärtigen Amtes vollzogen sein kann, ist eine Selbstverständlichkeit. Nicht ganz so selbstverständlich ist es, ob durch gewisse Einzelheiten des neuen Vertrages nicht wichtige außenpolitische Pläne Frankreichs gestört werden. Keiner der drei Staaten der Kleinen Entente steht in Beziehungen zu Rußland; man erinnert sich aber, daß Frankreich vor noch gar nicht langer Zeit gern einen Anschluß Rumaniens an die zwischen Frankreich und Polen einerseits und Rußland andererseits abgeschlossenen Verträge gesehen hätte. Rumänien wird sich der Erfüllung dieses Wunsches nun unter Hinweis auf den neuen Vertrag entziehen können, weil jetzt bei jeder außenpolitischen Handlung jedes der drei Staaten das volle Einverständnis der beiden anderen Partner erforderlich ist, sofern die fragliche Aktion die außenpolitischen



Der Reichswehrminister bei der Marine

Reichswehrminister v. Blomberg hatete, wie schon berichtet, am Freitag den in Kiel liegenden Marine-Truppenteilen einen Besuch ab. Unser Bild zeigt den Minister mit Admiral Gladisch beim Abstreifen der Ehrenwache an Bord des Flottenflaggschiffes Schleswig-Vogelsin.

Erben...
te Walzer...
(4): Der...
g): (8):
DWB...
vorstg...
den. (5):
— 333...
Amalien...
osenrol...
333: 3121
geht's und
333: 3171
— 520...
— 570...
500—590...
enrot)...
— nur in
10—2 und
r. Reka...
te L. Wolf
raße 2
raße 9
raße 9
bringt
an
er
erbiger
bauer
NIK
C
ASSE
Jhr
olle
ELT
oration
nsehen.
ANZ
te
woch